

Zeitschrift: Pro Senectute : schweizerische Zeitschrift für Altersfürsorge, Alterspflege und Altersversicherung
Herausgeber: Schweizerische Stiftung Für das Alter
Band: 50 (1972)
Heft: 4

Rubrik: Alterspflege

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

pas le sort du régime des prestations cantonales et survivra à la disparition de celui-ci. Pourrait-il en être autrement pour une œuvre qui ne se fonde pas seulement sur des paragraphes et des chiffres mais qui est imprégnée de contacts personnels, de compassion et de charité?

Alterspflege

Die Schweizerische Gesellschaft für Gerontologie hielt am 14. Oktober 1972 in Luzern ihre sozialmedizinische Jahrestagung mit den Themen «Gesamtplanung für Altersfragen» sowie «Information und Dokumentation über Altersfragen» ab. Dabei wurden die folgenden abgedruckten Referate gehalten:

W. Lerch, Leiter der Abteilung für Altersplanung und Altersgestaltung des Kantonalkomitees Zürich der Stiftung Für das Alter, über: «Altersplanung im Kanton Zürich, Verwirklichungen und Projekte», Dr. M. Cevey, Kantonsarzt, Lausanne, über: «Politique du troisième âge», Frl. C. Balmelli, Leiterin des Ufficio d'Attività Sociali, Bellinzona, über: «Problèmes d'assistance aux personnes âgées au Tessin», Dr. H. G. Lüchinger, Präsident der Gruppe für Altersinformation, Zürich, über: «Für wöchentliche Altersprogramme am Schweizer Fernsehen», Dr. U. Braun, Zentralsekretär der Schweizerischen Stiftung Für das Alter, über: «Information und Dokumentation über Altersfragen im Rahmen der Stiftungstätigkeit» sowie Frau A. Scherler, Leiterin der Centrale d'information et de renseignements des problèmes de la vieillesse et des maladies chroniques de l'adulte, Kanton Waadt, Lausanne, über eine Umfrage betreffend: «L'écoute des émissions télévisées et radiodiffusées chez les personnes âgées de plus de 60 ans». Der Vortrag von Fürsprecher A. Kropfli, Direktionssekretär der Fürsorgedirektion der Stadt Bern, über «Einrichtungen für Betagte, Planung im Kanton und in der Stadt Bern», ist in seinen grundlegenden Zügen bereits in der Septembernummer von *Pro Senectute* erschienen.

In unserer Septembernummer 1972 haben wir einen Bericht über den 9. Internationalen Kongress für Gerontologie in Kiew veröffentlicht. Wie damals schon erwähnt, wurde derselbe von Frau A. Scherler verfasst, welche als Leiterin der Centrale d'information et de renseignements des problèmes de la vieillesse et des maladies chroniques de l'adulte, Kanton Waadt, in Lausanne tätig ist. Die Veröffentlichung wurde durch die freundliche Bewilligung der Fachzeitschrift «MEDICINE & HYGIENE» ermöglicht, die ihrerseits darüber ausführlich in der Novembernummer 1972 berichtet hat.

Die Redaktion

Altersplanung im Kanton Zürich Verwirklichungen und Projekte

1. Die Abteilung Altersplanung und Altersgestaltung

Das Zürcher Kantonalkomitee von PRO SENECTUTE hat am 1. April 1969 diese Stelle geschaffen. Die ursprüngliche Aufgabenstellung wurde mit dem Leitsatz der amerikanischen gerontologischen Gesellschaft umschrieben: Man soll dem Leben nicht nur Jahre anhängen, sondern die Jahre mit Leben erfüllen. Schwergewicht war nicht Planung, sondern praktische Arbeit.

181 Diese Arbeit zeigte aber bald,

- a) die ungeheuer grosse Vielseitigkeit der Aufgabe
- b) die Schwachheit der vorhandenen Kräfte
- c) die Zersplitterung der Kräfte
- d) die Verständnislosigkeit weiter Kreise der Öffentlichkeit den Altersproblemen gegenüber
- e) die Ahnungslosigkeit, mit der man alt wird.

Planung wurde zu einem zentralen Anliegen, wenn auch heute noch höchstens ein Viertel der Arbeitskraft unserer Abteilung für Planung eingesetzt werden kann.

2. Leitgedanken

Planung muss von etwas ausgehen und zu etwas hinführen. Die Entwicklung eines Leitbildes war daher erste Aufgabe. An diesem Leitbild wird man weiterarbeiten müssen, solange man plant, d. h. immer.

Ich gebe Ihnen hier vier der wesentlichsten Leitgedanken weiter:

2.1 Dem älteren Bürger soll so lange als möglich die Führung eines selbständigen Haushalts und das Leben in seiner gewohnten Umgebung ermöglicht werden. Massnahmen, die dazu beitragen, die Individualität des älteren Menschen einzuschränken und ihn aus dem Leben seiner Wohngemeinde auszugliedern, werden abgelehnt, auch wenn dies auf Kosten der Perfektion und Rationalisierung geht.

2.2 Der bei den älteren Bürgern vorhandene Wille zur Eigenverantwortung und Selbsthilfe darf nicht geschwächt werden. Ihrer Bereitschaft, bei der Lösung der sie angehenden Probleme mitzuwirken, ist in allen Phasen der Planung und Ausführung Raum zu geben. Ebenso soll die Familie nicht aus ihrer Erstverpflichtung und Mitverantwortung für betagte Angehörige entlassen werden. Im übrigen handelt es sich bei der Altenhilfe jedoch um eine gesellschaftspolitische Aufgabe, die nur im Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Gruppen gelöst werden kann.

PRO SENECTUTE wird gemeinsam mit andern Trägern der Altershilfe entsprechende Selbsthilfeaktionen anregen und beratend begleiten sowie organisatorisch und finanziell unterstützen.

2.3 Auf Kooperation und Koordination aller Träger der Altenhilfe ist besonderer Wert zu legen. Diese Forderung erkennt nicht, dass gerade die Vielfalt der Träger und deren unterschiedliche Motivierungskräfte dazu beitragen, der Sozialarbeit immer wieder neue Impulse zu geben. Bei einer so grossen Zielgruppe, wie sie der Bevölkerungsanteil der älteren Bürger darstellt, lässt

sich die wünschenswerte Breiten- und Tiefenwirkung aber nur erreichen, wenn die sozialen Dienste und Einrichtungen gezielt von Ort zu Ort angeboten werden können. Eine solche Dezentralisierung setzt jedoch zwangsläufig voraus, dass sich die beteiligten Träger im Rahmen einer gemeinsam entwickelten Zielplanung zu einer Arbeitsteilung oder zu einer gemeinsamen Trägerschaft bereitfinden. Nur durch die Zusammenlegung aller personellen und finanziellen Mittel können die wachsenden Probleme der Altenhilfe wirksam gelöst werden.

Die Forderung nach mehr Koordination und Kooperation wird auch in andern Ländern erhoben. Ein Teilnehmer aus USA am Internationalen Kongress für Gerontologie in Paris sagte: Jeder, der sich der Mühe unterzieht, die Massnahmen zugunsten alter Menschen einer genauen Prüfung zu unterziehen, ist von der Vielfalt der Programme, der grossen Zahl der Organisationen, dem beklagenswerten Mangel an Koordination und einem fast gänzlich fehlenden Interesse an der Wirksamkeit des Ganzen überrascht.

2.4 Massnahmen, durch die die Infrastruktur der Sozial- und Gesundheitsdienste für ältere Bürger verbessert wird, haben den Vorrang vor Individualleistungen. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage muss der Sozialpolitik des Bundes vorbehalten bleiben.

Die Tatsache, dass nur in beschränkter Masse finanzielle Mittel für die Altenhilfe zur Verfügung stehen, verpflichtet zu dem Hinweis, dass sich alles, was man plant, nur Schritt für Schritt und in einem heute noch nicht voraussehbaren Zeitraum verwirklichen lässt.

3. Projekte, an deren Verwirklichung wir derzeit arbeiten

3.1 Schaffung einer Dokumentationsstelle mit zwei Schwerpunkten

a) Sammeln und registrieren von Dokumentation über die Problematik des Alters

Forschungsergebnisse des In- und Auslandes, Filme zu Altersfragen (demnächst wird ein erster Teil einer von uns herausgegebenen Sammlung «Film-Tips» herauskommen, die alle im schweiz. Verleih erhältlichen Filme zu Altersfragen enthält). Anregung von Diplomarbeiten für Schüler von Sozialen Schulen, deren Beratung und Herausgabe von besonders guten Arbeiten.

b) Erarbeitung, Sammlung und Vertrieb von Dokumentation für den alternden und alten Menschen.

Als Beispiel seien hier angeführt:

— 10 Tips für die Vorbereitung auf Ruhestand und Alter

Ein Merkblatt, das in knapper, leicht fasslicher Art Hinweise gibt, wie man das Leben im Alter gestalten kann.

— Literaturhinweise für ältere Menschen (Merkblatt)

— Ein Merkblatt über das Altersturnen ist in Vorbereitung.

— Für die Programmgestaltung bei Anlässen für und mit Betagten haben wir eine grosse Sammlung von bereits realisierten Programmen. Wir stellen auf Anfrage hin Photokopien her und geben durch deren Versand Anregungen weiter.

— Wir registrieren gute Referenten (Reiseberichte, Einführung in Hobbies usw.) und vermitteln sie.

— Vermittlung eines Kataloges der Grossdruckbücher.

— Katalog mit Tagungsorten für Altersferienwochen, mit Zielen für Altersausflüge usw.

Diese Stelle steht einerseits den Mitarbeitern von PRO SENECTUTE, dann aber *allen* Interessenten aus dem Kanton Zürich offen. Heute ist es so, dass viel von dem verlangten Material zuerst noch beschafft werden muss.

3.2 Bestandesaufnahme von Einrichtungen der Alterspflege

Im Jahre 1969 wurde in allen Gemeinden des Kantons Zürich festgestellt, was für Einrichtungen für den alten Menschen bestehen (exkl. Altersunterkünfte) und wer deren Träger ist.

Die damit erreichte Uebersicht macht deutlich, dass

— unter Alterspflege mehrheitlich die traditionellen Formen der Geselligkeitspflege, Unterhaltung und Abwechslung, sodann die Betreuungsdienste zu Hause (HHD, Hauspflege) verstanden werden und eingeführt sind. Benachteiligte Gebiete sind jene der Bildung, Beratung, Gesundheitspflege und solche, wo die aktive Mitarbeit und Mitverantwortung der ältern Menschen angestrebt werden. Es sind verhältnismässig wenig Veranstaltungen von den Aeltern selber organisiert. Klubräume gibt es nur sehr vereinzelt.

— die Alterspflege in den Gemeinden vornehmlich die Sache der Kirche (221 Nennungen), der Frauenvereine (88 N) und der Ortsvertreter der Stiftung «Für das Alter» (81 N) ist. Nur eine kleine Zahl von freiwilligen Helfern wird eingesetzt, vorab fehlt es vielerorts an organisiertem Einsatz. Der Begriff «Freiwillige Helfer» ist vielerorts unbekannt.

3.3 Koordination der Altershilfe in den Gemeinden

Es gilt das Gespräch zwischen den verschiedenen Organisationen und Einzelpersonen in Gang zu bringen und in Gang zu halten. 184

Wir führen zu diesem Zweck regelmässige, regionale Fachtagungen durch.

Zur ersten Runde, sie fand in den Jahren 1970 und 1971 statt, waren eingeladen:

- a) die Vertreter der politischen Behörden
- b) die Ortsvertreter der Stiftung
- c) die Vertreter aller in der Gemeinde tätigen Organisationen der Altershilfe (Kirchen, Frauenvereine, Rotes Kreuz usw.).

Es wurden zwei Hauptziele damit verfolgt:

- a) Orientierung über die verschiedenen Sparten der Alterspflege und über die Situation in den Gemeinden bzw. der Region.
- b) Anregungen für eine Koordination der Bestrebungen.

Aus dieser ersten Runde von Fachtagungen sind verschiedene Ergebnisse herausgewachsen:

- Bildung von Alterskommissionen in den Gemeinden (Ortskommissionen von PRO SENECTUTE)
- Beratung der Gemeindevertreter durch unsere Abteilung
- Mitwirkung unserer Abteilung bei der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen für und mit Betagten.

Ausgangspunkt für eine zweite Runde von Fachtagungen wird eine vor einiger Zeit abgeschlossene

3.4 Bestandesaufnahme der Altersunterkünfte im Kanton Zürich sein.

Die Erhebung ergab ein vollständiges Verzeichnis aller Typen von Altersunterkünften im Kanton, deren Grösse, deren Einrichtung, deren Träger, deren Personals, deren Finanzwesens, deren Pensionspreise.

Das Verzeichnis wird laufend à jour gehalten und dient als Beitrag des Kantons Zürich an eine gesamtschweizerische Erhebung über die Altersunterkünfte, die durch die von der Schweiz. Stiftung geschaffenen Zentralstelle für Altersunterkünfte vorbereitet wird.

Uns soll die Erhebung in zweifacher Hinsicht dienen:

- a) Herausgabe eines Verzeichnisses der Altersunterkünfte für Aerzte, Sozialarbeiter, Pfarrer usw.
- b) Ausgangspunkt für die Planung der Altersunterkünfte im Kanton. Eine Arbeitsgruppe mit Fachleuten (Architekten, Soziologen, Psychologen, Sozialarbeitern, Aerzten) wird die Vorarbeiten machen. Gemeinsam mit den Gemeindevertretern soll an der Fachtagung eine Gesamtplanung erarbeitet werden.

Die rechtzeitige Vorbereitung auf den Ruhestand kann manche Schwierigkeit im Alter verhindern. Der ältere Mensch, der schon im Jahrzehnt vor der Pensionierung bestimmte Vorstellungen von seinem Leben im Ruhestand entwickelt hat, meistert die dann auftretenden Probleme besser als ein anderer, der sich dieser Situation unvorbereitet gegenüber sieht.

Wir haben 1970 einen Modellkurs für die Vorbereitung auf Ruhestand und Alter durchgeführt, und zwar mit Teilnehmern zwischen 55 und 60 Jahren. Das Ergebnis wurde in der Schrift «Starthilfe für die dritte Lebensphase», Verfasserin: Julie Winter, Herausgeber PRO SENECTUTE, ausgewertet und beschrieben. Seither haben zahlreiche ähnliche Kurse stattgefunden, und zwar

- a) am Arbeitsplatz mit dem Arbeitgeber als Träger
- b) als öffentlich ausgeschriebener Kurs mit der Volkshochschule, der Elternschule und ähnlichen Organisationen als Träger.

Zahlreiche Kurse sind in Vorbereitung.

Unsere Abteilung arbeitet an der Vorbereitung und Durchführung aktiv mit, wobei überall mit einer Gruppe von Teilnehmern das Programm erarbeitet wird.

An Grundthemen wurden bisher folgende Themenkreise bearbeitet:

- a) medizinische Fragen
- b) psychologische Fragen
- c) wirtschaftliche Probleme
- d) Wohnfragen

Ergänzungskurse sind geplant mit einer Reihe von Themen, z. B.

- e) juristische Fragen (Testament, Ehevertrag, Versicherungen usw.)

- f) Betätigung im Alter

Methodik:

- a) kurze Information (Referat)
- b) Gruppenarbeit
- c) eventuelle Besichtigungen

Unsere Abteilung wirkt in der deutschen Schweiz als Kristallisationspunkt in Fragen, die Vorbereitung betreffend. Es geht im Moment

- a) um die Verbesserung der Kursmethodik
- b) um die Schulung und Rekrutierung von Referenten und Gruppenleitern
- c) um die Erarbeitung von Dokumentation
- d) um die Forschung in den verschiedenen Themenkreisen

3.6 Arbeit an einem bessern Altersimage

Alt werden wollen alle, alt sein will niemand. Unsere Leistungsgesellschaft sieht im alten Menschen den Erwerbsunfähigen, den Kranken, den Schwachen. Alter ist in den Augen vieler nur Abbau, nur Warten auf den Tod.

Diesem einseitigen und u. E. falschen Bild vom Alter ein anderes, positives entgegensetzen, erscheint uns notwendig und wichtig.

Alter ist nicht Abschluss, sondern Neuanfang. Das Alter ermöglicht Dinge, die früher unerreichbar waren.

Hier zwei Beispiele von praktischen Projekten:

— Kurse mit Neupensionierten

ähnliche Thematik und Methodik wie bei den Vorbereitungskursen

Ziel: Aufzeigen der neuen Aufgaben, Schaffen neuer Kontakte, neuer Freundschaften

— Der berufstätigen Generation zeigen, was Alte können, z. B. «Ferien und Reisen» ausserhalb der Schulferien

Ferienangebot PRO SENECTUTE

Im Dezember 1972 wird die junge Generation mit der Idee «Schenkt älteren Menschen Ferien und Reisen» konfrontiert. Die Aktion will einerseits eine Geschenkidee zu Gunsten des alten Menschen propagieren, andererseits aber aufzeigen, welche Möglichkeiten der Betagte heute hat.

3.7 Lücken in den Einrichtungen der Altershilfe aufspüren

Das Füllen der Lücken kann durch eigene Initiativen gefüllt werden. In vielen Fällen geht es aber darum, andere Träger (Frauenvereine, Kirchgemeinden usw.) zu motivieren.

Beispiele eigener Initiativen:

a) Telefonketten mit dem Ziel: Kontakte für ans Zimmer Gebundene schaffen; Sicherheit vermitteln.

b) Liederbuch für Betagtengruppen in Heimen, an Altersnachmittagen in Altersklubs usw.

4. Pläne, die in nächster Zeit angegangen werden

4.1 Forschungsarbeit

Arbeit mit alten Menschen ist Neuland. Das Zusammenwirken von Wissenschaft und praktischer Sozialarbeit ist notwendig und dringend.

Wissenschaftliche Arbeit ohne Zugang zur praktischen Arbeit ist Selbstzweck.

beit endet allzusehn in Sackgassen und Fehlhandlungen.

Wir suchen aus diesen Gründen enge Kontakte mit den drei Wissenschaften: Medizin, Psychologie, Soziologie. So ist z. B. eine Arbeitstagung mit den zwei Berufsorganisationen der Psychologen in Vorbereitung.

4.2 Rekrutierung, Schulung und Einsatz freiwilliger Helfer.

Viele Dienstleistungen, die der alte Mensch zur Erhaltung seiner Selbständigkeit braucht, können heute nur in ungenügendem Masse vermittelt werden, weil es an Helfern fehlt.

Viele Altersheime und vor allem Pflegeheime leiden an chronischem Personalmangel, was zu einem Abbau der Leistungen führt, z. B. im Bereiche der Aktivierung, der Anregung.

Wir sind überzeugt, dass auf dem Sektor «Freiwillige Helfer» noch sehr viele einsatzfreudige Helfer gefunden werden können. Stunden- oder tageweiser Einsatz in der Altershilfe wird zahlreiche Männer und Frauen interessieren.

Wir planen die Schaffung einer Einsatzzentrale für freiwillige Helfer in allen Sparten der Altershilfe. Interessenten werden ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechend eingesetzt und für diesen Einsatz entsprechend geschult bzw. begleitet.

**Im Schrankfach
unseres Tresor-
raums sind Ihre
Wertsachen
sicher verwahrt.**



**Zürcher
Kantonalbank**

Einsatzmöglichkeiten sind viele: Haushalthilfen, Verträger von Mahlzeiten, Helfer im Besuchsdienst, Transportdienste, Leiter von Altersgruppen, Seniorenhostessen, Vorlesen, Mithilfe in der Verwaltung, Mitarbeit in Heimen und Spitälern (Vermitteln von Anregung, Entlastung des Pflegepersonals).

4.3 Schaffung von Alterszentren in den Gemeinden. Darunter verstehen wir:

a) Ein Zentrum für Begegnung und Bildung

Das Zentrum soll als «Haus der offenen Tür» für alle älteren Menschen einer Gemeinde geöffnet sein und neben geselligem Beisammensein die Möglichkeit bieten, besonderen Neigungen und Interessen nachzugehen (Basteln, Handarbeiten, Malen und Zeichnen, Fotoarbeiten, Musizieren, Feste und Feiern, Sport usw.).

Gleichzeitig soll das Zentrum Treffpunkt für gemeinsame Unternehmungen sein: Besuch des Hallenbades, Spaziergänge, Ausflüge, Besuch von Museen, Theater, Konzert, Betriebsbesichtigungen usw.

Ferner sollen regelmässige Vorträge und Diskussionen sowie Kurse angeboten werden.

b) Ein Zentrum für Dienstleistungen

Das Zentrum soll in allen Fragen des täglichen Lebens Auskunft, Beratung und Hilfe vermitteln. Dabei geht es weniger um die Beratung selbst als darum, den älteren Menschen mit den zuständigen Beratungsstellen zusammenzubringen.

Das Zentrum soll Massnahmen einer physikalischen Therapie vermitteln, z. B. Altersturnen, Massage, Medizinische Bäder, Fusspflege, Ernährungsberatung.

Im weitem muss am Aufbau und an der Koordination der ambulanten Hilfsdienste gearbeitet werden.

Jedes Zentrum soll in seinem Einzugsbereich den Aufbau oder die Koordination der ambulanten Hilfsdienste für die noch in ihrem eigenen Haushalt lebenden älteren Menschen (Telefonkette, Besuchsdienste, HHD, MZD, Hauspflege usw.) übernehmen.

Schlussendlich könnte auch die Funktion eines Altentagesheimes von diesem Zentrum übernommen werden.

5. Schlusswort

Planung ist ein permanenter Prozess. Planung ist nicht, sie wird ständig. Neue Erkenntnisse, gemachte Erfahrungen, positiver und

Ganz entscheidend ist, dass Planung nicht im stillen Kämmerlein einiger weniger betrieben wird. Die Öffentlichkeit muss in die Gedankengänge der Planer und in ihre Ueberlegungen einbezogen werden, je früher, desto besser. Gemeinwesenarbeit tut not. Ich möchte schliessen mit einem Satz aus Heft 3 der Basler politischen Schriften, wo es heisst:

Die Verbindlichkeit, die der Planung anhaften kann, ist weniger Zwang als Uebereinkunft, auf jeden Fall leichter zu ertragen als der Zwang, den die heutige Planlosigkeit zur Folge hat. Durch die Planung wird der Bürger sehend, die Planung schafft Verantwortung. In diesem Sinne wird viel zu wenig geplant.

Politique du troisième âge

Dans son admirable livre sur «La vieillesse», Simone de Beauvoir dit en préambule: «Les vieillards sont-ils des hommes? A voir la manière dont notre société les traite, il est permis d'en douter». Cette affirmation est sans doute excessive, mais il faut bien reconnaître que, même chez nous, le sort des vieillards laisse souvent à désirer. Le vieillissement rapide de la population a posé à notre société des problèmes nouveaux qu'il s'agit de résoudre le plus rapidement et le plus harmonieusement possible.

Les sociétés d'autrefois se composaient essentiellement de paysans et d'artisans, dont l'existence coïncidait généralement avec la durée d'activité professionnelle. Le lieu de travail se confondait avec la résidence, de même que l'activité productrice était souvent liée aux tâches domestiques. L'homme et la femme pouvaient ainsi s'initier progressivement aux différents travaux et, devenus vieux, leur rendement baissant, ils pouvaient encore faire profiter les jeunes de leur expérience, acquise au cours des années.

Même devenu impotent, le vieillard gardait sa place au sein de la famille, qui en assumait l'entretien, sans que la collectivité ait à s'en préoccuper. Certes, le sort de ces vieillards n'était pas toujours enviable, mais l'est-il davantage de nos jours? . . .

La société actuelle est de plus en plus fragmentée, le rôle de la famille est même contesté par certains, qui prônent la vie communautaire; mais celle-ci ne peut pas s'intégrer dans nos régimes

libéralistes. Les exemples de communautés, en Suisse, dénotent en effet une nette ségrégation des jeunes, qui vivent repliés sur eux-mêmes et ne se préoccupent absolument pas du sort des autres. Dans ce chaos que tend à devenir notre monde, chacun vit de plus en plus pour son compte, l'égoïsme est roi. Que devient dans tout cela le vieillard, isolé dans son appartement devenu trop grand ou abandonné dans un home ou dans un hôpital? C'est à notre génération qu'il appartient d'en donner la réponse. Le problème est posé, il reste à le résoudre.

Ce qui était autrefois un devoir de la famille, devient peu à peu une tâche de la collectivité. Mais que fait cette dernière? Elle se décharge à son tour sur l'Etat du fardeau que constitue la vieillesse et ses problèmes. C'est LUI qu'on rend responsable de tout ce qui ne va pas. Mais LUI, qui est-ce? — c'est l'Etat, dit-on, donc ce n'est pas notre affaire. Qu'il se débrouille! C'est au gouvernement à organiser, créer, légiférer si nécessaire. C'est à LUI, par conséquent, qu'il appartient de statuer sur le sort des vieillards. Ainsi, par le désintéressement des collectivités, la vieillesse est devenue l'objet d'une politique, la «politique du 3e âge».

Dès lors, la gérontologie ne peut plus être considérée comme l'étude des phénomènes liés au vieillissement, du point de vue exclusivement médical. La vieillesse constitue un ensemble de problèmes sociaux, économiques, politiques, culturels et bien entendu médicaux, qui doivent s'inscrire dans une planification générale. Il serait faux de considérer la politique du 3e âge comme une entité à part.

La politique est, dit-on, «l'art du possible» ou encore «l'art d'aboutir», mais c'est aussi «l'art du choix». Pour établir une politique de sa santé et, en particulier, du 3e âge, il faut nécessairement faire des choix, établir des priorités, d'où planification. Le terme de planification ou de plan n'est cependant pas très bien accueilli par bien des gens, qui y voient une ingérence de l'Etat dans l'économie privée et, par conséquent, une tendance à l'étatisation. Ils redoutent en outre un surcroît d'impôts, mais sont les premiers à critiquer l'insuffisance de l'équipement gériatrique. Ils ont du mal à saisir qu'il est indispensable de planifier, c'est-à-dire de définir les besoins d'une population, d'établir des normes en personnel et en lits et de fixer des objectifs en définissant des priorités. Les budgets ne peuvent s'enfler démesurément, spécialement en ce qui concerne le coût de la santé.

Selon une étude récente faite en Suisse, les dépenses totales affectées au domaine de la santé, qui étaient de 2,3 milliards en 1965, se montaient à plus de 3 milliards en 1968 et atteindront vraisemblablement quelque 7 milliards en 1980, soit 3 fois plus qu'en 1965. D'où nécessité absolue d'établir une politique de la santé, même si cela rebute d'aucuns.

Dans son tout récent livre «La puissance et la fragilité», essais sur les métamorphoses de la médecine et de l'homme, le professeur Jean Hamburger dit à ce propos:

«Le développement de l'organisation sociale, qui sous-entend le développement de la médecine et qui protège les hommes contre les aléas financiers de la maladie, a nécessairement pour contrepartie l'encadrement des médecins par un système complexe de contrôles, paperasseries, règlements et dispositions répressives. Et cela est naturel; la société peut difficilement consacrer des sommes importantes à la défense de la santé sans établir pour ce chapitre une législation méthodique. Les modalités de détail diffèrent d'un pays à l'autre. Mais, partout, l'organisation des soins s'assortit d'une série de règlements, où le médecin est placé, une fois de plus, au point d'opposition entre les intérêts de l'individu et les exigences de la collectivité.»

Pour leur part, l'International Senior Citizens Association et la Fédération Européenne pour les Personnes Agées ont adopté en 1965, à Los Angeles, la «Déclaration des droits des personnes âgées», véritable *charte du 3e âge*:

Celle-ci proclame, en faveur des personnes âgées, le droit à:

— *une existence physique*

(vie normale et sécurité physique en temps de paix, de guerre ou de catastrophe — protection de la santé);

— *une existence économique*

(retraite — logement décent, adapté aux infirmités — possibilités de travail);

— *une existence sociale*

(possibilités de relations humaines et de participation à la vie politique);

— *une existence culturelle*

(libre accès aux moyens d'information, à des fins de divertissements, de perfectionnement ou d'activités créatrices);

— *la liberté de disposer d'eux-mêmes*

(liberté d'opinion, d'expression et de religion).

De son côté, le Conseil de l'Europe vient d'élaborer une résolution concernant la politique médico-sociale européenne de la vieillesse que l'on peut résumer en ces quelques points:

- 1) meilleure répartition de la charge que représentent les éléments âgés inactifs entre les membres de la population active;
- 2) meilleure distribution du revenu national entre les différentes classes d'âge de la population, spécialement des vieillards;
- 3) définition de la place des personnes âgées dans la société;
- 4) abolition de la ségrégation des personnes âgées;
- 5) harmonisation des mesures d'action sociale;
- 6) amélioration des conditions financières, ressources et revenus des personnes âgées;
- 7) possibilités d'emploi;
- 8) accroissement des possibilités d'hébergement par l'adaptation des logements existants aux conditions des vieillards handicapés et par la construction, si nécessaire, de logements de type nouveau, situés au sein des agglomérations, ou à proximité immédiate de celles-ci, avec moyens de transports;
- 9) remplacement des hospices vétustes par des établissements complètement repensés;
- 10) protection contre les dangers de la circulation;
- 11) contrôle et protection de la santé;
- 12) construction d'établissements hospitaliers nouveaux à l'intention des malades chroniques, comprenant des services de réadaptation fonctionnelle et ne dépassant pas 250 lits, dont 25—30 par unité de soins;
- 13) création d'une chaire de gériatrie dans les facultés de médecine, de façon à ce que les futurs médecins reçoivent un enseignement de gérontologie et de gériatrie;
- 14) développement des services sociaux pour personnes âgées;
- 15) aide à la recherche scientifique concernant les problèmes de gérontologie et de gériatrie.

Dans le canton de Vaud, la politique du 3^e âge s'est élaborée au cours des années 60; elle se rapproche étonnamment des principes formulés par le Conseil de l'Europe.

Ce qui n'était au départ qu'un groupe de travail interne dû à l'initiative du chef du Service de la santé publique, se développa en un bureau de planification des constructions hospitalières et s'adjoignit, dès 1962, deux sociologues ainsi que des représentants de la Faculté.

pas la prétention d'être un plan sanitaire complet, mais qui contenait néanmoins un chapitre consacré à la vieillesse, premier élément d'une politique du 3e âge.

Dès 1967, en prolongation des travaux de la commission de planification, le Conseil d'Etat officialisait la commission d'étude et de coordination des problèmes de la vieillesse et des maladies chroniques de l'adulte, dite *Commission de gérontologie*.

Celle-ci a créé une *Centrale de renseignements et d'information des problèmes de la vieillesse et des maladies chroniques de l'adulte*, ainsi qu'une *Consultation de gérontopsychiatrie*, en relation avec l'Hôpital gériatrique de Cery.

En plus des représentants des différents départements intéressés, de la Faculté, du corps médical, la commission de gérontologie comprend des délégués des communes vaudoises, dont la Ville de Lausanne, de diverses associations telles que Pro Senectute, Association des établissements médico-sociaux, OMSV (Organisme médico-social Vaudois, groupant toutes les *infirmières de santé publique*). Elle s'est en outre assuré la collaboration des offices du logement, de l'urbanisme et de statistique, de même que des architectes de la section de planification du Service de la santé publique. Cette commission a successivement proposé des «Principes fondamentaux» concernant la gérontologie, des «Directives fonctionnelles pour la construction et l'aménagement d'établissements médico-sociaux» et des «Directives et recommandations concernant le logement des personnes âgées et handicapées indépendantes».

Le Département de l'intérieur et de la santé publique est, de ce fait, parfaitement à même de planifier les constructions pour les personnes âgées, pour chacune des huit zones sanitaires du canton de Vaud.

Ainsi, grâce à un travail d'équipe, il s'est élaboré une véritable *politique du 3e âge*, qu'on peut résumer de la façon suivante:
I. *Maintien, le plus longtemps possible, des personnes âgées dans leur cadre habituel*

dans leur cadre habituel.

Ceci est réalisable par:

- *l'amélioration des prestations AVS;*
- *l'existence de logements subventionnés;*
- *la possibilité de recevoir des repas chauds à domicile;*
- *le développement des services de soins à domicile (réseau d'infirmières de santé publique de l'OMSV et service inter-*

école de l'Ecole d'infirmières de La Source et de l'Hôpital cantonal);

— la création de *consultations de géro-psycho-geriatrie* avec *hôpital de jour*;

— la *possibilité d'affiliation* des personnes de plus de 60 ans à une *caisse-maladie*, selon la loi vaudoise du 13 décembre 1971.

II. *Recherche de possibilités d'emploi pour ceux qui le désirent et organisation des loisirs*, par les soins de la Centrale d'information.

III. *Hospitalisation*

Lorsqu'une personne âgée tombe malade, elle réclame, au début du moins, des soins aussi intensifs que toute autre personne; aussi avons-nous admis, dans le canton de Vaud, que ces malades devaient être hospitalisés en premier lieu dans les *hôpitaux de soins généraux*, soit dans des lits de *type A*, selon la classification du Plan hospitalier.

Une fois le diagnostic établi et le traitement entrepris, le malade doit pouvoir bénéficier également des mêmes *mesures de réadaptation et de rééducation* que les autres malades, c'est-à-dire de services de *type B*.

Puis, lorsque la situation est stabilisée, si le malade ne peut pas réintégrer son domicile, alors seulement, il doit être placé dans un *établissement médico-social*, soit dans un lit de *type C*, pour malades chroniques.

Ces nouveaux établissements médico-sociaux, répartis dans les quartiers de l'agglomération lausannoise ou dans les différentes zones sanitaires du canton, sont conçus comme de véritables petits hôpitaux pour malades chroniques et n'ont plus rien de commun avec l'asile de vieillards. Ils ont une capacité d'environ 70 à 100 lits et sont d'ailleurs d'un genre particulier, puisqu'ils comprennent également des lits d'hébergement pour personnes encore valides, de *type D*. Il s'agit en fait d'*établissements médico-sociaux C/D*.

Cette classification vaudoise, basée sur le type de lits A, B, C ou D, a le grand avantage de définir un établissement, non pas uniquement d'après la durée de séjours et la capacité totale en lits, mais tient compte avant tout de la qualité des soins qui peuvent y être administrés.

IV. *Hébergement*

195 Les logements des personnes âgées valides, indépendantes ou

dépendantes, correspondent au *type D*. Nous en distinguons 4 variétés, correspondant au degré de dépendance et d'infirmité des personnes intéressées.

D^h = logement *habituel*, subventionné (HLM);

Dⁱ = logement *intégré* (appartement spécialement adapté aux infirmités, dans des immeubles locatifs traditionnels);

D^c = logements *collectifs* = immeubles ne contenant que des appartements spécialement aménagés pour les handicapés = cité de vieillards;

D^p = lits de *placement*, en institution, à l'intention des personnes totalement dépendantes (établissements médico-social C/D).

La commission de gérontologie préconise surtout la construction de logements de type Dⁱ (*logements intégrés*), qui répondent le mieux au souci de maintenir le plus longtemps possible les personnes âgées dans leur milieu habituel. Des directives et recommandations ont été mises au point d'entente avec l'office du logement, comme il a déjà été dit, à l'intention des promoteurs, des collectivités ou des communes qui désirent construire des logements pour personnes âgées et handicapées indépendantes.

V. *Financement*

Afin d'assurer l'équipement hospitalier du canton, notamment dans le domaine de la gériatrie, il a été créé un *Pool bancaire* qui met à la disposition des institutions les capitaux nécessaires aux investissements prévus par le Plan hospitalier, l'Etat accordant la garantie d'emprunt.

En outre, le canton et les communes de chaque zone sanitaire intéressée, accordent une *subvention*, respectivement de 27 % pour le canton et 20 % pour les communes, sur l'ensemble du coût de construction. Ceci permet de réduire les charges hypothécaires et, par cela, le prix de la journée de malade.

Enfin, une *convention*, liant les caisses-maladie, les institutions, les médecins et l'Etat, assure la couverture des frais d'exploitation.

En conclusion, il faut signaler que sur la trentaine de projets de transformation ou de construction d'établissements sanitaires, prévus dans le Plan hospitalier, dont une dizaine intéressant la gériatrie, 1/3 est déjà réalisé, 1/3 est en cours de travaux et 1/3 est encore à l'étude.

Il n'est cependant pas prématuré ou présomptueux de prétendre 196

que la politique du 3e âge que le canton de Vaud s'est fixée, répond implicitement aux vœux du Conseil de l'Europe.

Problèmes d'assistance aux personnes âgées dans le canton du Tessin

Je tiens avant toute chose à saluer le Président de la Société suisse de gérontologie et ses collaborateurs et, de la part du Département des œuvres sociales du Tessin, à les remercier de leur invitation à venir vous exposer aujourd'hui les grandes lignes de la politique cantonale en faveur des personnes âgées.

La comparaison avec la situation actuelle dans d'autres cantons met avant tout en évidence le retard de notre région quant au développement d'une action sociale programmée et coordonnée, non seulement en ce qui concerne les problèmes du troisième âge, mais dans tous les secteurs de la vie communautaire. Il serait inutile de développer ici les causes de ce retard qui sont liées au processus d'évolution générale de notre canton, évolution qui, par rapport à d'autres cantons, a eu lieu à une époque plus récente et avec des phases plus lentes.

Il n'est pourtant pas superflu de garder à l'esprit ce retard parce qu'il permet de comprendre les difficultés actuelles de réalisation d'une politique sociale moderne. Ces difficultés sont d'une part liées à la présence d'un vaste réseau d'institutions privées qui ont besoin d'être transformées, modernisées, d'autre part au grave manque de personnel qualifié pour conduire des recherches, se prêter à de nouvelles expériences et lancer de nouvelles initiatives.

La création dans le cadre de l'administration publique du Département des œuvres sociales date de 1959; c'est à partir de ce moment-là que le canton commence à intervenir dans la résolution des problèmes médico-socio-éducatifs qui se manifestent tout au long de la vie des membres de la société.

En 1960 débute un intense travail législatif en faveur de l'enfance, de l'adolescence, des invalides, malades, économiquement-faibles et des personnes âgées. Ces nouvelles lois visent à substituer au soutien fragmentaire et sporadique des œuvres charitables le droit acquis du citoyen qui se trouve dans une situation économique ou physio-psychique particulière à recevoir l'aide de l'Etat. Ce droit doit se réaliser à travers des structures d'assistance

Une étude faite à cette époque à propos du vieillissement de la population tessinoise ainsi qu'une enquête sur les structures d'assistance aux personnes âgées dans le canton ont révélé que le pourcentage des plus-de-soixante-ans atteignait déjà la moyenne de 17 %, avec une progression qui indique une rapide augmentation de ce pourcentage.

En ce qui concerne l'équipement en institutions, on notait la présence dans le canton d'une trentaine d'«asiles de vieillards», géographiquement répartis d'une manière irrationnelle, et tenus par des congrégations religieuses, par des fondations de charité privées. Ils étaient tous gérés par du personnel religieux qui, par vocation, assistait les vieillards souvent au prix de bien des sacrifices. On était pourtant encore bien loin de la reconnaissance du droit de la personne âgée à être assistée dans le plein respect de sa personnalité et en tenant compte de ses exigences d'ordre social, psychologique, physique, etc.

Ces asiles totalisaient environ 1500 lits, nombre nettement insuffisant pour couvrir les besoins dans ce domaine.

Preuve en sont d'une part la centaine de Tessinois placés dans des instituts hors du canton et d'autre part les longues listes d'attente de chaque institut.

La grave carence de lits et les structures inadéquates ont poussé l'Etat à promulguer un décret législatif d'aide au moyen de subsides pour la création de nouvelles maisons de repos et la modernisation de celles déjà existantes. Ce décret était accompagné d'indications relatives à la construction et à l'organisation. Cette première loi qui n'apportait qu'une solution très partielle aux problèmes de l'assistance aux personnes âgées reflète toutefois l'urgence de modifier une situation très arriérée.

Les subsides du canton, qui s'élèvent à 40 % pour les initiatives d'organismes privés et à 50 % pour celles d'organismes publics, concernent les dépenses prévues pour la construction de nouvelles maisons de repos et l'agrandissement de maisons déjà existantes et pour l'équipement et l'aménagement intérieur de ces institutions.

Jusqu'à ce jour, des subsides d'environ 16 millions de francs ont été affectés à 9 institutions différentes pour la création de 3 nouveaux instituts et la modernisation de 6 maisons; dans la plupart des cas, modernisation signifie démolition complète des anciens bâtiments et construction de nouveaux édifices.

Encouragés par l'exemple, 4 autres instituts ont pourvu avec leurs propres fonds à la modernisation complète de leurs bâtiments et 3 organismes ont créé de nouvelles maisons de repos. De son côté, l'Etat fait construire une maison de repos à Giubiasco, c'est-à-dire dans une zone jusqu'ici complètement dépourvue de possibilités de placements pour les personnes âgées. Le coût de cette maison est d'environ 6,5 millions.

La réalisation de ces projets signifie l'élimination de 10 anciens asiles sur 30 et la mise à disposition dans un futur très proche de 450 lits supplémentaires dans de nouveaux instituts.

Il vaut la peine de signaler que, dans 7 autres maisons, des projets d'entière remise à neuf des bâtiments sont en cours: les travaux d'étude sont déjà fort avancés.

La préoccupation au sujet de la carence de personnel qualifié travaillant dans ces institutions pour personnes âgées a conduit le canton à créer en 1968 l'Ecole cantonale d'assistantes gériatriques, jumelée à l'Ecole d'infirmières.

Un cours de perfectionnement sur les nouvelles orientations de l'assistance aux personnes âgées a été organisé à l'intention du personnel religieux qui dirige les instituts. Ce cours, qui a pris fin en mars de cette année, se poursuit, sur demande expresse des participantes, par des journées trimestrielles de perfectionnement.

En outre, des groupes de communes dans la région de Lugano et de Locarno ont répondu à la proposition de l'Etat en créant des services intercommunaux d'aide aux familles et aux personnes âgées pour les soins à domicile et les travaux domestiques courants. Ces services sont subventionnés par le canton.

A ces premières actions à caractère urgent, il fallait faire suivre un sérieux approfondissement de l'ensemble du problème de l'assistance aux personnes âgées pour rechercher également d'autres solutions d'aide aptes à leur garantir la possibilité de vivre de manière indépendante, tout en recevant l'appui nécessaire.

Le canton a donc entrepris une étude de planification qui est sur le point d'être complétée par des programmes régionaux qui, en plus de la création de maisons de repos et de santé, prévoient l'intégration d'appartements pour personnes âgées dans des bâtiments locatifs ou le regroupement de ces appartements dans des immeubles munis de services communautaires.

Ce programme devra tenir compte de la nécessité de disposer de structures d'assistance différenciées en rapport avec les diverses

catégories de personnes âgées (indépendantes, dépendantes, infirmes), sans oublier que la situation géographique de notre canton rend nécessaire dans plusieurs zones la présence de structures polyvalentes qui répondent aussi au principe de ne pas éloigner excessivement le vieillard de son propre domicile.

Alors que la loi sur l'assistance sociale promulguée au début de cette année, qui remplace la loi sur l'assistance publique de 1944, prévoit à l'article 19 le droit du vieillard à recevoir une assistance gériatrique convenable, un nouveau projet de loi concernant l'activité sociale en faveur des personnes âgées a été récemment présenté par le Département des œuvres sociales au Conseil d'Etat.

Son acceptation conduira à:

1. créer une commission de coordination et d'étude de toutes les activités en faveur des personnes âgées.
2. fonder un centre cantonal d'information pour les personnes âgées et leurs familles. Il aura entre autres la charge de coordonner les placements en instituts et de réaliser au point de vue cantonal ou de promouvoir au niveau communal ou d'organismes privés et avec le subside de l'Etat, des services ambulatoires à but thérapeutique, d'assistance et d'emploi du temps libre.
3. inclure dans les équipements subventionnés les appartements protégés, en élargissant à tous les types d'instituts l'intervention cantonale, réduite aujourd'hui aux frais de construction et d'aménagement. Elle devrait alors contribuer également à l'achat du terrain nécessaire, ceci pour encourager davantage l'initiative de communes seules ou regroupées en consortium.
4. reconnaître, soit pour les appartements protégés, soit pour les maisons de repos et de santé, une indemnité journalière allant jusqu'à fr. 10.— par personne, de manière à permettre à la majorité des vieillards de faire face avec leurs propres moyens à leur situation et à encourager, par la même occasion, les instituts à suivre l'évolution dans le domaine qui les concerne.
5. activer le plus possible par l'organisation de cours, par la concession de bourses ou de prêts la qualification et la spécialisation du personnel d'assistance aux personnes âgées.

Je souhaite que, ces prochaines années, notre canton puisse exposer, à l'occasion d'autres réunions de la Société suisse de gérontologie, les résultats concrets d'un effort de planification, de promotion et de coordination des activités en faveur du troisième âge, qui voudrait répondre à ces principes fondamentaux:

- a) protéger le plus possible l'indépendance du vieillard en amé-

liorant ses ressources, en utilisant intelligemment les possibilités d'engagement dans la vie sociale et en créant des instruments d'aide valables qui lui permettent de garder son indépendance.

b) intéresser la communauté au problème du troisième âge en lui faisant redécouvrir le rôle social de ces personnes, en cherchant, à travers une harmonisation des mesures d'intervention sociale, à combattre la ségrégation ou au moins la séparation des autres catégories de la population.

c) créer des structures institutionnelles efficaces qui, tout en respectant rigoureusement la personnalité du vieillard, lui assurent toujours la possibilité de recevoir les soins nécessaires en vue d'une réintégration.

Nous avons été largement aidés pendant la phase d'étude par l'expérience acquise dans d'autres cantons et par leur grande disposition à collaborer: il m'est agréable de pouvoir remercier en particulier les Centres d'information et de coordination pour personnes âgées de Genève et de Lausanne et tout spécialement le docteur Junod de son précieux concours.

Je ne peux que souhaiter que cette collaboration nous soit également réservée pendant la phase de réalisation de ces projets.

Für wöchentliche Altersprogramme am Schweizer Fernsehen

«In der heutigen Situation, in welcher wir und die ältere Generation von den modernen Problemen des Alters unvorbereitet überfallen sind, ist es unerlässlich, diese Probleme durch gezielte Fernseh-Sendungen für die ältere Generation zu behandeln. Es ist wünschbar, dass die postulierten Spezialsendungen für die ältere Generation dem älteren Menschen die ihm nach wie vor offenen Möglichkeiten aufzeigen, ihn aktiv und selbständig erhalten und seine Lebensfreude fördern.» Das sind zwei der zahlreichen Thesen, welche die Internationale Studientagung «Der alte Mensch und das Fernsehen» vom vergangenen Mai in Rüschlikon einstimmig verabschiedet hat. Die Tagung, welche neben Gerontologen, Fürsorgern und Soziologen vor allem Fernseh- und Radio-Verantwortliche aus 12 verschiedenen Ländern versammelte, hat ebenso einstimmig den immer wieder vorgebrachten Einwand verworfen, wonach besondere Alterssendun-

gen zu einer noch verstärkten Isolierung der Betagten führen würden. Richtig gestaltete Alterssendungen werden nach der Ueberzeugung der Teilnehmer der Studientagung genau den gegenteiligen Effekt haben. Sie werden der jüngeren Generation die Anliegen und Probleme des Alters bewusst machen und die mittlere Generation auf die bevorstehende dritte Lebensphase vorbereiten.

Es gilt nun, die vielfältigen Erkenntnisse und Erfahrungen der Rüşchlikoner Studientagung für die Schweiz fruchtbar zu machen. Das wird in erster Linie eine Aufgabe der SRG sein, welche die Tagung zusammen mit der Stiftung Für das Alter tatkräftig unterstützt hat. Die Forderung nach Einführung wöchentlicher Spezialsendungen des Fernsehens für die ältere Generation ist an der Generalversammlung der SRG vom 25. November 1972 zur Diskussion gestellt worden. Fernsehdirektor E. Haas hat die konstruktive Weiterverfolgung des Gedankens und eine baldige Behandlung des Problems in der Nationalen Fernseh-Programmkommission versprochen. Grundlage dieser Diskussion werden die in einem Bericht zusammengefassten Tagungsdokumente sowie eine von Felice A. Vitali im Auftrage der «Gruppe für Altersinformation» verfasste Studie bilden, die nächstens im Drucke erscheinen wird.

Die SRG allein kann indessen die Aufgabe nicht lösen. Sie bedarf der beratenden Unterstützung durch Sozialarbeiter, Gerontologen, Soziologen und durch andere mit den Altersfragen befasste Personen. Es wurde die Schaffung einer beratenden Fachkommission angeregt, analog zu derjenigen für Schulfunk und Schulfernsehen. Zudem soll mit den postulierten Alterssendungen bewusst der Kontakt mit den älteren Zuschauern gesucht werden. Es werden Zweiweg-Sendungen angestrebt. Das führt nach den Erfahrungen des Zweiten Deutschen Fernsehens und der Niederländischen Fernsehgesellschaft VARA zu Hunderten und Tausenden von Zuschauerbriefen nach jeder Sendung. Diese Briefe müssen bearbeitet werden, und sei es auch nur durch Versand von vervielfältigten Schema-Antwortbriefen und von Dokumentation.

Ich meine, dass sich hier der Stiftung Für das Alter eine neue Aufgabe eröffnet, die in vielfältiger Weise auf die ganze übrige Arbeit der Stiftung zurückstrahlen würde. Die Frage soll innerhalb der Stiftungsorgane in den nächsten Monaten einlässlich geprüft werden.

Information und Dokumentation über Altersfragen im Rahmen der Stiftungstätigkeit

Grundlage der Information unserer Stiftung

Haben Sie im vorhergehenden Referat allgemeine Probleme einer Altersinformation gehört, möchte ich mich nun im speziellen auf einige Bemerkungen über die in der Schweizerischen Stiftung Für das Alter und ihren Organen bisher erreichte und geplante Informations- und Dokumentationsarbeit beschränken. Vor noch nicht allzu langer Zeit war öfters zu hören, dass soziale Arbeit durchaus im verborgenen geleistet werden könne, und dass die verschiedensten in derselben tätigen Hilfswerke bei der Bevölkerung bereits genügend bekannt seien, als dass sich noch eine spezielle Information, welche zugegebenermassen ebenfalls finanzielle Mittel erfordert, lohne. Wie unrichtig diese, selbst von einzelnen in der sozialen Arbeit stehenden Leuten vertretenen Ansicht heute erscheint, ergibt sich z. B. aus einer von der Vereinigung Pro Infirmis anlässlich ihres 50jährigen Bestehens im Jahre 1970 durchgeführten Umfrage über ihre Stellung in der öffentlichen Meinung. Daraus geht zwar hervor, dass die Institution in grossen Zügen bekannt ist, dass aber über die eigentlichen Aufgaben von Pro Infirmis sehr viel Unklarheit herrscht. Bezeichnenderweise ist deshalb das Informationsbedürfnis gross, indem sich z. B. 57 % aller Befragter für medizinische Fragen interessierten oder 50 % über die Verwendung der Spendegelder orientiert werden wollten. Man darf somit durchaus folgern, dass diese Resultate für das in Behindertenfragen repräsentative private Hilfswerk weitgehend auch auf unsere Stiftung als grösste private Spezialinstitution für Fragen des Alters zutreffen dürften. Information über die spezifischen Aufgaben zu Gunsten der Betagten durch unsere Stiftung einerseits und die dauernde regelmässige Bekanntmachung der Altersprobleme zu Handen der Gemeinschaft überhaupt müssen auf Grund der erwähnten Umfrage als etwas Notwendiges angesehen werden.

Der Ursprung einer *dauernden allgemeinen* Informationspolitik der Stiftung, im Gegensatz zu der für die jährliche Sammlung durchgeführten schwerpunktmässig betriebenen Propaganda, findet sich im Bericht der eidgenössischen Kommission über «Die

gehalten: «Was noch fehlt, ist eine richtige und systematische Aufklärung über die Altersfragen. Eine solche ist nicht nur notwendig für die Alten selbst, sondern auch für die Öffentlichkeit. Hierzu besonders geeignete Mittel sind:

- Presse, Fachorgane, Radio und Fernsehen, sodann die
- Verbreitung geeigneter Literatur über Altersfragen.

Die bisherige Situation und praktische Beispiele

Die Frage nach einem verbesserten Informationsbedürfnis begann aber auch mit dem Auf- und Ausbau der Beratungsstellen in den Kantonalkomitees mit hauptamtlich tätigen Sozialarbeitern gegen Ende des Jahres 1968. Der ständig zunehmende Aufgabenkatalog dieser Stellen bedingte vorerst eine verbesserte regionale bzw. kantonale Information seitens der kantonalen Organe der Stiftung, der Kantonalkomitees. Dies geschah in Form einer grösstmöglichen Streuung von Berichten über die Tätigkeit der einzelnen Komitees einschliesslich der Beratungsstellen. Hiefür wurden von den Komitees entweder eigentliche Kommissionen eingesetzt, was allerdings die Ausnahme blieb; es wurden initiative selbständig bleibende Journalisten im Auftragsverhältnis gewonnen, oder es stellte sich eine journalistisch gewandte Person aus dem Kreise der Mitarbeiter des Komitees für diese Spezialaufgabe zur Verfügung. Aus den vom Zentralsekretariat systematisch gesammelten Zeitungsberichten geht zweifellos hervor, dass durch diese regelmässige regionale und kantonale Berichterstattung über die *Stiftungstätigkeit* weite Kreise der Bevölkerung angesprochen wurden.

Beträchtlich schwieriger gestaltet sich die ergänzende Information im gesamtschweizerischen Rahmen durch das Zentralsekretariat. Ein erstes Problem besteht darin, dass die Altersarbeit der Stiftung, im Gegensatz zu anderen privaten Institutionen mit genau umschriebenen, in allen Teilen der Schweiz durchzuführenden Diensten und Aktionen, keine Einheitlichkeit kennt. Man kann also z. B. keine gesamtschweizerische Information über Mahlzeitendienste veröffentlichen, ohne Gefahr zu laufen, dass man von ausgesprochen ländlichen Komitees die Berichtigung erhält, solche Dienste seien noch nicht notwendig. Man muss sich also somit auf einige Dienste von überkantonalem Rahmen beschränken. Hingegen macht sich das Zentralsekretariat zur Aufgabe, periodisch Berichte über allgemeine Altersprobleme zu veröffentlichen, also über Fragen, welche die

Oeffentlichkeit überhaupt angeht. Ich verweise dabei auf den Artikel über die Notwendigkeit eines Abbaus der architektonischen Barrieren beim Bau von Unterkünften und im öffentlichen Leben. Solche Berichte für die Presse — sei es durch die kantonalen Komitees oder durch das Zentralsekretariat — sind regelmässig vorgesehen. Die Auswertung hat auch gezeigt, dass das ganze Jahr hindurch Beiträge über Altersprobleme und die Bekanntgabe der Dienstleistungen der Stiftung erscheinen.

Ein zweites Problem, das im heutigen Zeitpunkt in Anbetracht des föderalistischen Aufbaus unserer Stiftung noch nicht endgültig gelöst ist, besteht in der Koordination der Information zwischen den Komitees und dem Zentralsekretariat. Jeder Informationsdienst bedarf, um wirksam und aktuell zu sein, rasch, regelmässig und fristgerecht Unterlagen seitens der direkt mit der Altersarbeit Beschäftigten. Diese Verbindung herzustellen bedarf eines dauernden Kontakts seitens des Zentralsekretariats und insbesondere der Bestimmung einer verantwortlichen Person oder eines zuständigen Gremiums in den Kantonen. Dieses reibungslose selbstverständliche Zurverfügungstellen der Unterlagen in bezug auf die Tätigkeit der Kantonalkomitees zu Handen des gesamtschweizerischen Informationsdienstes und die Verarbeitung dieses Materials durch denselben bedarf noch einer weiteren Verbesserung.

Das Zentralsekretariat hat — in Zusammenarbeit mit dem heute Beauftragten — bereits verschiedene Dokumente für die Information an die Betagten bzw. die Oeffentlichkeit zusammengestellt. Weitere Informationen befinden sich auf dem Weg der Vollendung. Ich erinnere z. B. an eine Auswahl von Literaturhinweisen, die sich vor allem an die Leser der zweiten Lebenshälfte wendet und in diesem Rahmen Hinweise auf die Vorbereitung auf den Ruhestand sowie die Lebensgestaltung im Alter selbst beinhaltet. Einen durchschlagenden Erfolg erzielte z. B. auch das Merkblatt über zeitgemässe Ernährung im Alter sowie die Zehn Tips für die Vorbereitung auf die Pensionierung als einen neuen Lebensabschnitt. Beide Unterlagen konnten bereits in über 11 000 Exemplaren abgegeben werden und erfreuen sich auch einer grossen Nachfrage im Ausland. Es soll in diesem Zusammenhang auch auf die Da-capo-Sendung des Deutschschweizerischen Fernsehens hingewiesen werden, die als Beginn von eigentlichen Alterssendungen zu betrachten ist, und für welche die Stiftung regelmässig Informationen über Dienst-

leistungen zu Gunsten der Betagten liefert. Schliesslich sei auf die umfangreichen Ausstellungsmaterialien hingewiesen, welche der Informationsdienst in Zusammenarbeit mit dem Zentralsekretariat, Grafikern und Photoleuten ausgearbeitet hat und in nächster Zeit den Stiftungsorganen und weiteren interessierten Kreisen zur Verfügung stehen wird. Diese letztgenannten Materialien zeigen die wesentlichsten allgemeinen Altersprobleme auf und stellen in denselben die Tätigkeit der Stiftung dar.

Nachteile bzw. Grenzen der bestehenden Ordnung

Sie sehen, dass die Stiftung bereits bis anhin bestrebt war, regelmässige Informationen — mindestens gegen aussen — im Rahmen des bisher bestehenden Auftragsverhältnisses mit einem Public-Relation-Fachmann zu geben. Die vorgängig aufgezeigten Probleme — dezentralisierte Informationsarbeit bei den Kantonalkomitees und dem Informationsdienst des Zentralsekretariats mit teilweiser ungenügender Koordination einerseits sowie der starke Ausbau der Kantonalkomitees mit Beratungsstellen mit hauptamtlich tätigen Sozialarbeiterinnen und -arbeitern andererseits, bedürfen einer vermehrten Bekanntgabe von Informationen gegenüber den Beratungsstellen und der Komitees bzw. einer gesteigerten Information über die verstärkte vielfältige Tätigkeit und die Erfahrungen der Stiftung nach aussen hin.

Um diese beiden Ziele zu erreichen, genügt in der heutigen Zeit kein Auftragsverhältnis in dem Sinne mehr, als ein Fachmann lediglich teilweise für die Stiftung arbeiten konnte und zudem seinen Sitz nicht im Zentralsekretariat hatte, nachdem die Erfahrungen gezeigt haben, dass eine dezentralisierte Informationsarbeit problematisch ist. Zudem muss eine zwar in der Public-Relation erfahrene Person sich über genügende Kenntnisse im Sozialwesen ausweisen können, um eine auch sachlich einwandfreie Information zu liefern.

Die neue vorgesehene Presse-, Informations- und Dokumentationsstelle (PID-Stelle)

Zur Verbesserung des gesteigerten Informationsbedürfnisses und einer Koordination gegenüber den Kantonalkomitees — also für die interne Information — sowie einer vermehrten zentralen Informationsfunktion nach aussen hin — sagen wir für die

externe Information — wird dem Zentralsekretariat eine ab 1. Januar 1973 neu geschaffene Presse-, Informations- und Dokumentationsstelle — kurz PID-Stelle genannt — angegliedert, welche ein anerkannter Fachmann, der sowohl mit den Public-Relations als auch mit den sozialen Fragen vertraut ist, führen wird. Ihm beigelegt wird das notwendige, qualifizierte hauptamtlich tätige Personal (Sekretärin-Journalistin) sowie nebenamtliche Mitarbeiter (Fotografen, Grafiker, Uebersetzer).

Es hat sich erwiesen, dass wirksame Information nur dann geleistet werden kann, wenn auch die Wünsche hiefür bekannt sind. Als Adressaten der Information haben in erster Linie unsere Betagten zu gelten. Nachdem meines Wissens ausser der Umfrage über die Fernsehwünsche der Betagten keinerlei weitere repräsentative Meinungsforschung bei denselben in der Schweiz vorliegt, hat die Stiftung in Zusammenarbeit mit einem ausgewiesenen Institut die Absicht, eine repräsentative Umfrage in der Schweiz durchzuführen, welche über die Informationswünsche der Betagten im allgemeinen Auskunft geben soll. Diese geplante Umfrage soll dann als eigentliche Grundlage der Arbeit der neuen Presse-, Informations- und Dokumentationsstelle dienen.

Im Rahmen der *internen Information*, welche sich nach dem bereits Gesagten an die Stiftungsorgane richten soll, werden regelmässige Informationsbulletins über die Stiftungstätigkeit herausgegeben. Darin enthalten sind Ideen und Anregungen für neue Dienstleistungen für die Beratungsstellen. Neben dieser informativen Tätigkeit wird die neue Stelle insbesondere eine verbesserte Koordination mit den Organen der Stiftung in den Kantonen anstreben und dabei insbesondere auch die Beratung dieser Komitees beim weiteren Ausbau ihrer Informationstätigkeit übernehmen.

Die *externe Information* umfasst eine intensive Kontaktnahme mit den Massenmedien und den Zeitungen, wobei die von diesen Stellen geäusserten Wünsche einer Informationspolitik durch die Stiftung zu übernehmen wäre. Daneben halte ich den Ausbau des bestehenden regelmässigen Pressedienstes für zentrale Altersfragen für von grosser Bedeutung. Ausserdem gehört zum Pflichtenheft der Stelle die Herausgabe von Materialien über die Organisation und die Tätigkeit der Stiftung und die Altersprobleme im allgemeinen in Form von Prospekten sowie auch Herstellung von kleinen Bild- und Filmreportagen.

Mit dieser Information soll erstens versucht werden, das Oeffentlichkeitsbild der Stiftung und ihre Tätigkeit wesentlich aufzuwerten, um das etwa noch bestehende Odium einer falsch verstandenen «Fürsorge» loszuwerden. Dieses Unterfangen ist womöglich sogar schwieriger als die Lancierung eines ganz neuen Unternehmens, stehen ihm doch «Almosen-Tradition» und vor allem gewisse Vorurteile im Wege. Durch die intensivere externe Information soll zweitens in einem Drei-Stufen-Programm folgendes erreicht werden:

1. Die Sensibilisierung der Oeffentlichkeit durch die aufgezeigte systematische und umfassende Information aller Volks- und Altersschichten über alle Aspekte des Alters und Alterns.
2. Die Identifikation aller Altersschichten mit den Altersproblemen, m. a. W. durch die Ansprechbarkeit für eine dauernde Beschäftigung mit denselben.
3. Die Aktivierung des Einzelnen. Erst wenn ein hoher Identifikationsgrad erreicht ist, lässt sich der Einzelne aus der reinen Passivität heraus auch zu einem persönlichen Engagement mobilisieren. Ich denke dabei etwa an die «Aktion 7», wo Jugendliche den Betagten ihre Vorfenster waschen und einhängen bzw. die Fensterläden in Ordnung bringen.

Die neu vorgesehene Presse- und Informationsstelle wäre aber unvollständig, wenn derselben nicht auch eine *Dokumentationsstelle* angefügt würde. Diese Stelle hat in erster Linie die Aufgabe, das vorhandene und das neu eintreffende Material nach verschiedenen Gesichtspunkten und einer festzulegenden Systematik zu ordnen. Unter Einbezug des von den Zeitungsausschnitten, den einschlägigen Fachzeitungen, den Kantonalkomitees und anderen Stellen eingehenden Materials, worunter auch das Bildmaterial fällt, wird eine umfassende Sammlung aufgebaut. Diese ist durch eine ständig nachzuführende Nachschlagkartei (mit Rückweisen nach Sachgebieten, Zielgruppen und Autoren) zu erschliessen und allen Interessenten offen zu halten.

Dabei ist nicht nur die geordnete Lagerung des Inhalts, sondern die optimale Nutzung desselben von grosser Wichtigkeit. Deshalb ist vorzusehen, periodisch Nachtragsverzeichnisse an die interessierten Kreise über das neu eingeordnete Material abzugeben. Somit wird diese Dokumentationsstelle gleichzeitig auch zu einer Fundgrube für die Presse- und Informationsstelle, die

hang unentbehrlich ist die Schaffung einer umfassenden Dokumentation in bezug auf die Organisation von generellen persönlichen Diensten, wie z. B. die Haushilfe- oder Mahlzeiten-dienste usw. Mit der Schaffung einer solchen Dokumentation lässt sich eine heute noch bestehende Lücke für die praktisch in der Altersarbeit stehenden Personen schliessen.

Eine wesentliche Aufgabe des neuen Verantwortlichen für die Presse-, Informations- und Dokumentationsstelle schliesslich besteht in der Abklärung der Zeitschriftenfrage. Wie Sie vielleicht wissen, gibt die Stiftung eine vierteljährlich erscheinende Zeitschrift für Altersfürsorge, Alterspflege und Altersversicherung heraus. Dieselbe genügt den heutigen Anforderungen eines gesteigerten Bedürfnisses nach umfassender Information nicht mehr. Es wird seine Aufgabe sein abzuklären, ob und allenfalls in welcher neuen Aufmachung die Zeitschrift weiter geführt werden soll, wobei insbesondere auch die Frage einer speziellen Zeitschrift für die Betagten geprüft wird.

Soweit einige meiner grundlegenden Betrachtungen über das bestehende und zukünftig auszugestaltende Informationsangebot. Wir hoffen, dass die neue Stelle einen weiteren Schritt zu einer verbesserten und vor allem umfassenderen Information über das Alter und für die Betagten beiträgt, wobei vor allem die Gemeinschaft als solche über die Altersprobleme in vermehrtem Masse angesprochen werden sollte.

Enquête relative à l'écoute des émissions télévisées et radiodiffusées chez les personnes âgées de plus de 60 ans

L'enquête a été effectuée par le moyen d'une circulaire qui a été adressée à huit cents personnes, quatre cents hommes et quatre cents femmes, répartis de la manière suivante:

hommes vivant seuls	200
femmes vivant seules	200
couples	200

Les quartiers touchés comprenaient la région limitée à l'est par l'avenue d'Ouchy, à l'ouest par les limites de la ville, au nord par la voie de chemin de fer et au sud par le lac.

Sur les 800 personnes qui ont été atteintes, 2 étaient décédées, 210

13 étaient parties sans laisser d'adresse, 216 ont répondu, soit:
102 femmes et 114 hommes dont 50 couples = 25 % des couples,
26 % des femmes seules et 32 % des hommes seuls.

Possèdent un appareil de télévision:

44 couples	
34 femmes seules	
49 hommes seuls	= 78 femmes
	= 93 hommes
	= 171

Possèdent un appareil de radio:

50 couples	
49 femmes seules	
60 hommes seuls	= 99 femmes
	= 110 hommes
	= 209

A la question, «Quelles sont vos émissions préférées?» les réponses ont été les suivantes:

Télévision

	femmes	hommes
Information	66	54
Pièces de théâtre	63	65
Films	61	67
Reportages	53	48
Voyages	47	54
Variétés	44	48
Musicales, Emissions . . .	42	42
Jeux	33	31
Sports	24	77
Cirque		2

Radio

	femmes	hommes
Information	76	73
Musicales, Emissions . . .	72	73
Reportages	50	37
Pièces de théâtre	49	34
Jeux	38	28
Voyages	37	38
Variétés	24	31
Sports	24	72

A la question, «Quel genre de pièces de théâtres préférez-vous?» les réponses ont été les suivantes:

	femmes	hommes
Pièces gaies	36	54
Dramatiques	11	13
Romantiques	16	
Policières	8	17
Historiques	6	11
à thèse	3	6
Western	1	
Cirque		2
aiment toutes les pièces	6	18

A la question, «Quel genre de musique préférez-vous?» les réponses ont été les suivantes:

	femmes	hommes
Classique	46	47
Légère (douce)	22	28
Folklore	10	12
Populaire	9	21
Chansons	9	5
Chempêtre	7	8
Opéras	7	11
Opérettes	7	9
Viennoise	5	6
Fanfare	2	12
Chorale	1	6
Jazz classique	1	

Cette enquête permet de constater que, dans l'ensemble, les goûts sont peu différenciés. Ils s'apparentent bien à ceux d'une époque se situant entre 1920 et 1925 quant aux pièces de théâtre. La forte proportion d'hommes appréciant les émissions sportives, s'inscrit contre l'opinion de certains adultes qui affirment que les personnes âgées trouvent qu'il y a trop d'émissions sportives et pas assez d'éléments culturels, au sens purement éducatif du terme.

Une seconde enquête, relative à des émissions à l'usage des plus de 60 ans, est prévue.